

ten Vergleichsabschluß mit dem Haus Hohenzollern in Preußen und durch einen Richterspruch des Oberlandesgerichtes Jena, das die Rente des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach um 33 % aufwertete, plötzliche Aktualität gewonnen hatte, erkannte die KPD mit Geschick ihre Chance und setzte sich an die Spitze der Volksbewegung gegen die Fürsten, indem sie die Frage nach Volksbegehren und -entscheid stellte und die Enteignungsfrage damit einer ausschließlich parlamentarischen Behandlung entzog. Nach einem überraschend hohen Erfolg des Volksbegehrens, das mit 12,5 Millionen Listeneintragungen die erforderliche Zahl von 4 Millionen weit überstieg (S. 811), scheiterte der Volksentscheid am 20. Juni 1926 »mangels Beteiligung« (S. 1005). Obwohl 14,4 Millionen Stimmberechtigte trotz der von den Gegnern der Fürstenenteignung ausgegebenen Parole »Fernbleiben« für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestimmt hatten, verfehlte der Volksentscheid sein Ziel. Um Gesetzeskraft zu erlangen, hätte der Gesetzentwurf der Zustimmung von 19,8 Millionen Stimmberechtigten bedurft. Trotz der Niederlage für die Enteignungsbefürworter war jedoch »ein politischer Sieg in der formellen linken Niederlage, eine politische Niederlage im formellen Sieg der Rechten« (S. 1006), da die Zahl derjenigen, die der Parole der Linksparteien gefolgt waren, um 3,1 Millionen die Zahl der Stimmen überstieg, die bei der letzten Reichstagswahl auf SPD und KPD entfallen waren.

Gerade in diesem Teil der Untersuchung weist Jung eindringlich darauf hin, daß die Volksbewegung eine von den Parteien nur mühsam kontrollierbare politische Eigendynamik entwickelt hatte und zu einem eigenständigen Instrument politischer Willensbildung geworden war. Das plebiszitäre Lösungsverfahren – ein »Verfahren zweiter Wahl mit Protestcharakter« (S. 1080) – erweist sich auch hier den »parlamentarischen Bemühungen nach demokratischen Kriterien zumeist überlegen, mindestens jedoch gleichrangig« (S. 1080), wobei Jung jedoch – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der einschlägigen Arbeiten von R. Schiffers<sup>1</sup> und U. Schüren<sup>2</sup> – darauf hinweist, daß dieses erste Plebiszit in Deutschland »beachtliche technische Mängel des Volksgesetzgebungsverfahrens« (S. 1081) demonstrierte. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die »Weimarer Erfahrungen« mit der Volksgesetzgebung nach Jungs Auffassung als »eindeutig positiv« (S. 1080) zu bewerten sind. Gerade in diesem Zusammenhang trägt die Studie Jungs, die Chancen und Risiken, Leistungsfähigkeit und Funktionsbedingungen dieses Verfahren sorgfältig und abgewogen untersucht, dazu bei, den Weg frei zu machen für eine unbelastete Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung in Deutschland.

*Ludwig Richter, Köln*

Victor Farias, Heidegger und der Nationalsozialismus, Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1989, 439 S., geb., 39,80 DM.

Bernd Martin (Hrsg.), Martin Heidegger und das Dritte Reich – ein Kompendium, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989, 235 S., Ln., 94 DM.

Tyrannis und soziale Unzufriedenheit ziehen sich an seit den Tagen griechischer Stadtstaaten, und dies kann auch für intellektuelle Unzufriedenheit gelten, wie wir seit dem Engagement Platons für die Tyrannis von Syrakus wissen. Für unser Jahrhundert scheint der »Fall« Martin Heideggers für diese Zu-Neigung zu stehen: Heidegger, der antrat, den Irrtum Platons und der gesamten ihm nachfolgenden Philosophie bis auf Nietzsche zu korrigieren, schlug politisch die Wege seines Widersachers ein. Beiden schien die Tyrannis die Möglichkeit zu eröffnen, die Menschen zu erziehen auf ein bestimmtes Telos hin. Für Hei-

1 Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.

2 Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978.

degger insbesondere stellte sich der Nationalsozialismus nicht wie für uns Heutige *ex post* als Hort der Barbarei dar, sondern als Chance der Verwirklichung der von Heidegger herbeigesehnten weltgeschichtlichen Sendung Deutschlands; worin aber Ziel und Inhalt dieser Sendung bestehen sollten, blieb gänzlich unbestimmt, so daß der Eindruck entstehen mußte, sie seien identisch mit denen der Partei.

Freilich bezog sich Heidegger nicht auf Platons politisches Verhalten, sondern auf dessen Ontologie, und er war stets bemüht, ›Philosophie‹ in seinem Verständnis noch jenseits aller Scheidung in Theorie und Praxis anzusiedeln mit der Folge, daß aus seinem Denken nicht unmittelbar politische Konsequenzen zu ziehen wären. Damit hatte sich lange Zeit die Forschung begnügt, und auch wenn es einige Versuche gab, aus Heideggers trans-politischer Philosophie dennoch politisch-philosophische Implikationen zu destillieren (allen voran Alexander Schwan), hat man es doch nie wirklich gewagt, eine unvermittelte Kausalität zwischen Heideggers Philosophie und seiner politischen Option für den Führerstaat anzunehmen. Es blieben daher allein sozialwissenschaftliche Erklärungsbemühungen für das Problem, inwiefern sich professoraler Intellekt für den Anti-Intellektualismus des Nationalsozialismus öffnen konnte, etwa die Forschungen eines Fritz K. Ringer.

Geht man aber von der notwendigen Bedingtheit von Denk- und Lebensweg aus, selbst in einem scheinbar extremen Fall esoterischen philosophischen Bemühens, so kann man bis zu einem gewissen Grad Rückschlüsse vom Lebensweg auf den Denkweg und *vice versa* ziehen: diesen Ansatz macht sich Farias zu eigen. Farias Absicht ist es, durch die Aufarbeitung des biographischen Materials und der Analyse von kleineren Schriften, die ganz abseits der großen philosophischen Rezeption in Deutschland oder Frankreich liegen, deutlich zu machen, daß das Engagement für den Nationalsozialismus keine bloße Episode im Denken Heideggers darstellte, sondern als Resultat seines Lebensweges und bis zu einem gewissen Grad auch seines Denkweges anzusehen ist; Heidegger sei nicht wie »soviele« mit dem Jahr 1933 in ein politisches Abenteuer geschlittert, dessen Folgen er gar nicht absehen konnte und zu dem er im Augenblick der Besinnung durch eine ostentative Rektoratsniederlegung auch in gehörige Distanz trat; nein, Heidegger sei schon von Jugend auf und bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein von der Anlage seiner Biographie und seines Denkens für den Nationalsozialismus latent offen gewesen, habe diese Latenz schließlich 1933 mit dem Rektorat manifestiert und habe selbst nach seiner Ämterniederlegung insgeheim für die Richtung des Nationalsozialismus votiert bezüglich eines völkischen Denkens und einer Vorstellung der deutschen Sendung in der Welt, die selbst mit kriegerischen Mitteln zu erfolgen habe. In diesem Sinne sei auch das Verhalten Heideggers nach der Niederlegung des Rektorates zu verstehen, etwa die Tatsache seiner fortwährenden Parteimitgliedschaft bis zum Kriegsende mitsamt der regelmäßigen Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Methodisch bleibt es aber fragwürdig, wie man ein Gesamtverdikt ohne Lektüre der den Denkweg spiegelnden philosophischen Werke abgeben und bei der Interpretation von kleineren Gelegenheitsschriften verbleiben kann. Das Erkenntnisinteresse Heidegger als Nationalsozialist zu erweisen, führte der Deskription und der Interpretation oftmals zu offensichtlich die Feder und dabei zu Fehlern, die teilweise bei der deutschen Übersetzung des 1987 französisch erschienenen Originals behoben wurden. Farias' gescholtene scharfe Polemik erklärt sich aber aus vorherigen Bemühungen, Heidegger als ›Widerstandskämpfer‹ zu charakterisieren, wie etwa Hermann Heidegger in der Edition der Rektoratsrede von 1983. Insgesamt bleibt Farias der Ruhm, den Fall Heidegger in die große Öffentlichkeit gebracht zu haben.

Aus diesem unbefriedigenden Dilemma eines einheitlichen Urteils über Heideggers Denk- und Lebensweg versucht die Dokumentation von Bernd Martin aus dem gleichen Jahre zu führen. Ihr liegt eine andere methodische Grundannahme des Verhältnisses von Denk- und Lebensweg zugrunde, nach der zwischen Philosophie und Weltanschauung getrennt werden muß, mit der Folge, daß zwischen dem eigentlichen philosophischen Haupt-

werk einerseits und politischen Gelegenheitsschriften andererseits zu unterscheiden ist; dies hatte auch Habermas in dem lesenswerten Vorwort zur deutschen Ausgabe des Farias-Buches getan. Beide Sphären unterliegen demnach unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben, so daß das philosophische Werk weiterhin unterschiedlichen Interpretationen zugänglich bleibt, und zwar unbelastet von der Frage nach der politischen Konsequenz, während die Gelegenheitsschriften allen Irrtümern, wie sie der Weltanschauung und den unterschiedlichen, selten rationalen Quellen ihrer Bildung eigen sind, unterliegen können. In den einleitenden Aufsätzen wird auch ein Lösungsmittel angeboten im Sinne der obigen methodischen Grundentscheidung: Heidegger hat in Verkennung der politischen Realitäten und der wahren politischen Absichten der nationalsozialistischen Führung geglaubt, den »Führer führen« zu können, eine vor allen Dingen von Hans Ebeling formulierte These. Die Philosophie Heideggers ist dann Urheber seines Anspruches, Politik überhaupt führen zu können: allein warum Heidegger ausgerechnet den Nationalsozialismus zum Gegenstand seines Führens machen wollte, bleibt unbeantwortet.

Martins Dokumentation erweitert das Material um eine subjektive Komponente durch die Aufnahme von »Bekanntnissen« und »Verlautbarungen« von Augenzeugen, Kollegen, Schülern und anderen Nahestehenden. Damit versucht sie aus dem Dilemma der Werkinterpretation herauszukommen und gleitet in das Dilemma der Jury ohne einheitliches Urteil.

Mit diesen Mitteln kann daher nicht der frühere status quo einer rein philosophischen Beschäftigung mit Heidegger wiedergewonnen werden, wie es sich viele seiner Anhänger verbissen erwünschen, da dies unter dem Schatten seines Denkens in den Bahnen der Tyranis letztlich nur eine Wiederholung seines eigenen Fehlers darstellen würde: philosophisches Denken als welt-abgewandtes Verfahren theoretischer Besinnung als folgenlos für praktisches Verhalten zu erachten, und dies bei einem Denker, der mit größter Radikalität den Einbezug des Alltäglichen und des In-der-Welt-seins in die philosophische Besinnung gefordert hat. In dieser Frage hat die Schutzbehauptung Heideggers, wer groß denkt, irrt auch groß, nichts an Relevanz eingebüßt. Dieser Aussage folgt nämlich: wer groß denkt, der trägt auch eine große Verantwortung für sein Handeln, denn das Handeln wird in der Rezeption seiner Mitmenschen als Ausfluß seines Denkens wahrgenommen, und das Vorbild seines Handelns beruht auf der Autorität seines Denkens und des Vertrauens der Mitmenschen in die Urteilskraft dieses Denkers. Dieser Verantwortung hat sich Heidegger auch nach dem Krieg durch eine öffentliche Besinnung nicht gestellt. Heidegger war im Gegensatz zu Platon nicht in der Lage, auch theoretisch in Distanz zur Tyranis zu gehen; der Makel bleibt.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen einem Denker, der aus der Anlage seines Denkens eine Kongruenz mit einem bestimmten politischen Zustand glaubt erblicken zu können, und einem Denker, der diese Kongruenz nach der Einrichtung der Tyranis erst herzustellen versucht. Diesen Unterschied bei Heidegger zu eruieren, dienen vorgestellte Bücher durchaus, auch gegen ihre Absicht.

*Marcus Llanque, Frankfurt/Main*

Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, Beck Verlag, München 1989, 430 S., pbk., 24 DM.

Wenn die Weltgeschichte das Tempo ihres Wandels so verschärft wie am Ende der 1980er Jahre, dann kann Zeitgeschichtsschreibung unversehens zu Zeitgeschichte selbst werden. Die vorliegende Aufsatzsammlung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war zunächst als deutsch-deutsches Unternehmen geplant. Nachdem alle innerdeutschen Hürden ge-